

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag (Nachmittag), 23. März 2017

Polizei- und Militärdirektion

**36 2016.POM.649 Kreditgeschäft GR
Kantonspolizei Bern (Kapo). Werterhaltung Sicherheitsfunknetz POLYCOM 2030.
Verpflichtungskredit 2017–2023 / Ausgabenbewilligung / Objektkredit**

Fortsetzung

Vizepräsidentin Ursula Zybach übernimmt den Vorsitz.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. *(Die Vizepräsidentin läutet die Glocke.)* Wir starten mit den Nachmittagsberatungen und ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir sind vor der Mittagspause bei Traktandum 36 stehen geblieben und wir haben den Kommissionssprecher, Grossrat Knutti, gehört. Es liegt ein Rückweisungsantrag der Grünen von Frau Machado Rebmann vor und ich gebe ihr als erstes das Wort.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Der Kommissionssprecher hat gut erläutert, worum es geht. Ich muss berichtigen, dass es ein Antrag auf Rückweisung der Grünen ist und nicht von mir als Einzelperson. Zur Sache: Im Jahr 2006, auch in der Märzsession, hat der Grosse Rat einen Bruttokredit von 98,5 Mio. Franken gesprochen, um das kantonale Teilnetz von Polycom zu starten. Thomas Knutti hat es gesagt: Bis heute sind schweizweit 1 Mrd. Franken in Polycom gesteckt worden. Geht man von 55 000 Nutzerinnen und Nutzern aus, zahlen wir hierzulande also 18 500 Franken für ein einziges solches Walkie-Talkie-Gerätchen.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Einen kurzen Moment bitte. Es ist extrem unruhig. Bitte nehmen Sie Ihre Sitzplätze leise ein und schalten Sie ihre Telefone aus. Und dann hören wir wieder zu, was die Antragstellerin sagt. *(Grossrätin Machado Rebmann bespricht sich kurz mit der Vizepräsidentin.)*

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Ich habe die Erlaubnis erhalten, nochmals beim letzten Abschnitt einzusetzen. Im Jahr 2006, auch in der Märzsession, hat der Grosse Rat einen Bruttokredit von 98,5 Mio. Franken gesprochen, um das kantonale Teilnetz von Polycom zu starten. Thomas Knutti hat es gesagt: Bis heute sind schweizweit 1 Mrd. Franken in Polycom gesteckt worden. Geht man von 55 000 Nutzerinnen und Nutzern im Land aus, zahlen wir also 18 500 Franken für ein einziges Walkie-Talkie-Gerätchen. Es sind zwei Finanzkontrollen in Sachen Polycom durchgeführt worden. Die zweite, im Jahr 2015, hat ergeben, dass im Zeitrahmen von 2017 bis 2023 ordentliche Ersatzinvestitionen von 13 Mio. Franken anfallen werden. Jetzt liegt uns aber ein Bruttokredit von 41,7 Mio. Franken vor, also etwa 29 Mio. Franken mehr. Weder die Finanzkontrollen noch der Mehrbedarf an finanziellen Mitteln wurden in den Unterlagen ausgewiesen. Wenn uns nun Regierungsrat Käser alles erklären, uns gemäss der Natur der Sache technische Notwendigkeit unterbreiten und uns versichern wird, dass man Ende 2015 nicht wissen konnte, welche technischen Nachrüstungen ein Jahr später notwendig sein werden, dann ist das nicht seriös. Das dürfen wir nicht akzeptieren.

Auch wurden diese Aufträge nicht ausgeschrieben. Offenbar gibt es nur einen Systemlieferanten für diese Basisstationen, das ist die Firma Atos. Atos ist eines der grössten europäischen Unternehmen

für IT-Dienstleistungen mit einem Jahresumsatz von 2,5 Mrd. Euro. Sie hat 2010 einen Teil von Siemens aufgekauft. Die Systemkomponenten und Endgeräte von Polycom werden ausschliesslich vom Hersteller Airbus Defence and Space produziert. Das ist eine Rüstungs- und Raumfahrtfirma mit Sitz in der Nähe von München, die zur Airbus Group gehört. Sie hat 2014 die Firma Cassidian übernommen. Zum Produktportfolio zählen militärische Flugzeuge wie der Eurofighter Typhoon, Satelliten- und Orbitalsysteme, kommerzielle Trägerraketen wie die Ariane 5, Verteidigungssysteme, Sicherheitslösungen und eben Kommunikationstechnologie. Im Oktober 2015 hat Airbus den neuen CEO Dirk Hoke von Siemens weg und zu Airbus Defence and Space geholt. Er sollte die von Unruhen und auch Sorgen geplagte Firma wieder auf Kurs bringen. Es gab Berichte über Qualitätsmängel beim Bau des Kampffjets Eurofighter und beim Militärtransporter A400M.

Damit komme ich zum zweiten Grund, warum die Grüne Fraktion die Rückweisung verlangt. Der Kredit ist vor allem eines: Geld in die Taschen von Multis der Rüstungsindustrie mit Monopolstellung. Wir bewegen uns in einem Umfeld von Wettbewerbsverzerrungen, von sogenannten staatlichen Entwicklungshilfen, Insidergeschäften, Bestechung und Schmiergeldzahlungen. Es gab Untersuchungen und Verurteilungen in Deutschland, Frankreich, Saudi Arabien, Südafrika, Rumänien und Indien. Es ist ein beispielloses Rüstungs- und Drecksgeschäft, verbunden mit der grösstmöglichen Unsicherheit. Wir brauchen ein Funknetz für 6000 Nutzerinnen und Nutzer im Kanton Bern; eines, das auch mit dem Bund und vielleicht auch international kommunizieren kann. Ich bin überzeugt, dass wir das selber können. An der Abteilung Technik und Informatik der Berner Fachhochschule zum Beispiel haben sich Studentinnen und Studenten mit Funksystemen im Rettungswesen auseinandergesetzt und sind zu interessanten Ergebnissen gekommen. Wir haben auch Unternehmen in der Schweiz, sogar im Kanton Bern, die sich auf Funksysteme spezialisiert haben. Es kann mir niemand weismachen, dass wir dazu nicht in der Lage sind. Und auszusteigen wird uns auf jeden Fall billiger zu stehen kommen, als von diesen willkürlichen Multis abhängig zu bleiben. Deutschland hat 7 Mrd. Franken an eine Vorgängerfirma von Airbus verloren. Diese Firmen wechseln auch dauernd ihre Namen. Wir können das. Es fängt im Kopf an und hat mit Mut und Selbstvertrauen zu tun und nicht mit technischen Hindernissen. Weisen Sie diesen Kredit zurück. Irgendjemand muss hier den Anfang machen. Retten Sie das Rettungswesen und nicht das Rüstungsgeschäft.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Bevor wir mit den Fraktionssprechern starten, nochmals zur Klärung: Wir reden über das Geschäft und über den Rückweisungsantrag der Grünen gleichzeitig. Ich möchte gerne noch eine Klasse auf der Zuschauertribüne begrüssen, die nach dem Mittag zu uns gekommen ist. Es sind die Schüler des zehnten Schuljahres der Computerschule Bern mit ihrem Lehrer Ruben Elsholtz. Herzlich willkommen hier bei uns. (*Applaus*)

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Wer einmal Militärdienst gemacht hat – ich weiss, das sind nicht alle hier –, der weiss, dass Verbindungen innerhalb eines Verbandes matchentscheidend sind, dass dies ausserordentlich wichtig ist. Insbesondere bei den mechanisierten Truppen, wo ich herkomme, ist ein gut funktionierender Funk das A und O, damit man untereinander auch während der Verschiebung oder in brenzligen Situationen kommunizieren kann. Nur mit hervorragenden Verbindungen, mit Verbindungen, auf die man sich auch in schwierigen Situationen verlassen kann, ist sichergestellt, dass die Anweisungen vom Chef der Koordination, von den Führungsorganen, zeitverzugslos bei denen ankommen, die sie betreffen. Nicht nur im Militär sind Verbindungen ausserordentlich wichtig, sondern auch bei den Sicherheitsorganen der Schweiz und unseres Kantons und bei den Blaulichtorganisationen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Verbindungstechnologien einem sehr schnellen Wandel ausgesetzt sind. Und es ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen, dass solche Verbindungstechnologien in der Anschaffung, im Unterhalt und in der Erneuerung, aber auch im Betrieb recht grosse Kosten auslösen.

Die BDP hat dieses Geschäft sehr intensiv geprüft und kommt zum Schluss, es mache durchaus Sinn, diesen Kredit zu bewilligen und dem zuzustimmen. Warum? Die Argumente, die von Seiten der Grünen im Rückweisungsantrag genannt wurden, sind zwar schön, aber wir erachten dieses Geschäft als zu komplex, als dass wir das hier umsetzen können. Um den neuen Weltaufstand zu planen und quasi die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Welt neu zu definieren, ist dieses Geschäft schlicht nicht geeignet. Es geht hier darum, dass wir auch in Zukunft hervorragende Verbindungen für unsere Blaulichtorganisationen und Sicherheitsbehörden zur Verfügung stellen, und dabei kommen wir schlicht nicht darum herum, auf den Systemen aufzubauen, die heute vorliegen und mit

denen vor allem auch unsere Verbundpartner in den anderen Kantonen auf Stufe schweizerische Eidgenossenschaft arbeiten.

Wir erachten das Geschäft als sehr gut vorbereitet und sind dem Sprecher der Kommission dankbar, dass er die Erläuterungen zu den veränderten finanziellen Bedingungen gemacht und dargelegt hat, warum dieses Geschäft nun mehr kostet als ursprünglich einmal gedacht war. Für uns sind diese Darlegungen schlüssig und wir bitten Sie, diesem Kredit zuzustimmen und den Antrag der Grünen abzulehnen. Wir wollen unsere Sicherheit nicht als Spielball für irgendwelche politischen Interessen nutzen, und ich bitte Sie daher, diesen Antrag abzulehnen und das Geschäft nicht zurückzuweisen.

Andreas Burren, Lanzenhäusern (SVP). Auch wir haben dieses Geschäft sehr intensiv behandelt, bei uns in der Fraktion, aber auch schon vorher in der Sicherheitskommission. Wir haben es sogar an zwei Tagen behandelt. Und wir sind auch zum Schluss gekommen, in der Sicherheitskommission ebenso wie bei uns in der Fraktion, dass man das Geschäft nicht zurückweisen darf. Gerade beim ersten Punkt frage ich mich, ob wir bei einer Zurückweisung andere Begründungen bekommen würden, als wir sie in der Sicherheitskommission erhalten haben. Und bei einer allfälligen Überprüfung eines neuen Systems würde man sicher von anderen Beträgen reden, weil dann die bestehenden Systeme nicht mehr gebraucht werden könnten und sämtliche Anlagen neu angeschafft werden müssten. Darum wird in unserer Partei die Rückweisung bei ganz wenigen Zustimmungen mehrheitlich abgelehnt. Dem Geschäft stimmen wir bei einigen wenigen Enthaltungen und vereinzelt ablehnenden Stimmen grossmehrheitlich zu. Ich möchte Sie bitten, das ebenfalls zu tun.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP). Zuerst zum Rückweisungsantrag: Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat zum vorliegenden Geschäft Polycom Fragen und grosse Vorbehalte. Ich erläutere diese dann gern noch. Wir erachten das Funksystem Polycom aber grundsätzlich als wichtig. Und wir erachten es als wichtig, dass dieses Geschäft heute hier behandelt und beraten wird. Wir lehnen also den Rückweisungsantrag grossmehrheitlich ab. Einzelne werden dafür stimmen.

Nun zum System selber. Wir haben es gehört, wir beraten heute über ein wichtiges System: über Polycom, das Sicherheitsfunksystem der Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz. Es handelt sich um ein schweizweites, flächendeckendes Sicherheitsfunksystem, und jeder Kanton muss sein Teilnetz dazu beitragen. Das System und die Geräte müssen nun den Entwicklungen und den neuen Technologien angepasst werden. Gerade solche Systeme sind sehr den Technologieentwicklungen ausgesetzt, und das Funktionieren dieses schweizweiten Systems gewährleisten zu können, müssen die Neuerungen aufgenommen werden. Wir haben es gehört, wir diskutieren heute über einen Kredit von 41,74 Mio. Franken für die Jahre 2017–2023 für die schrittweise Erneuerung der Infrastruktur und Endgeräte. Ich sage es noch einmal: Wir sind uns einig, dass Polycom ein wichtiges, unter Umständen ein überlebenswichtiges Funksystem für die Schweiz ist. Trotzdem haben wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion Vorbehalte gegen den vorliegenden Kredit. Verwirrend ist vor allem die Höhe des Kredits – 41,7 Mio. Franken – und verwirrend, um nicht zu sagen ärgerlich, ist auch das Vorgehen und die Vorbereitung dieses Geschäfts. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich auch mit dem Projekt Polycom auseinandergesetzt. Im Tätigkeitsbericht 2015 der GPK können wir lesen, dass die Finanzkontrolle eine Sonderprüfung durchgeführt hat und im Herbst 2015 zusätzlich noch einmal eine Nachrevision. Im Tätigkeitsbericht der GPK ist auch zu lesen, dass für Polycom mit ordentlichen Ersatzinvestitionen von 13 Mio. Franken zu rechnen ist. Jetzt, nur eineinhalb Jahre später, wird uns aber ein Kredit von 41,7 Mio. Franken vorgelegt. In unseren Unterlagen finden sich aber keinerlei Informationen zu den Abklärungen der GPK und der Finanzkontrolle. Ausserordentlich stossend ist auch, dass auf die massive Erhöhung des Kredits von 13 Mio. Franken im Herbst 2015 auf 41,7 Mio. Franken im Januar 2017 in den Unterlagen nirgends eingegangen wird. Mit dem Argument des Zeitdrucks – Spanien und Frankreich haben offenbar auch Interesse an derselben Technologie, und es besteht eine Abhängigkeit vom Systemlieferanten, der eine Monopolstellung hat – soll heute diese Entscheidung durchgeboxt werden. Für uns sind viele, zum Teil sogar zu viele Fragen offen. Für uns fehlt in diesem Geschäft die Transparenz. Uns ist klar, dass Polycom und die Erneuerungen nötig sind. Wir hätten uns aber eine bessere und transparentere Information zu dem gesamten Mittelbedarf gewünscht und wir hätten das eigentlich auch gern gefordert. Darum wird sich eine Mehrheit der SP-JUSO-PSA-Fraktion zu diesem Geschäft enthalten, einige werden den Kredit sogar ablehnen.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Ich gebe Grossrätin Machado Rebmann nochmals kurz das Wort. Sie hat vorhin nicht verstanden, dass wir die Rückweisung und das Geschäft gemeinsam beraten. Darum gibt sie nun noch eine kurz Information zur Haltung der Fraktion der Grünen.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Die grüne Fraktion, das ist unschwer zu erraten, wird sich bei diesem Kredit grösstmehrheitlich der Stimme enthalten, aus den gleichen Gründen, die ich vorher bei der Rückweisung genannt habe.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Gibt es noch weitere Fraktionssprecherinnen oder -sprecher? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zu den Einzelsprechern.

Peter Siegenthaler, Thun (SP), Kommissionspräsident der GPK. Sie haben vom SiK-Sprecher eine umfassende Darstellung des Geschäfts gehört. Die GPK war in das Geschäft involviert. Es gab die aussergewöhnliche Situation, dass sowohl der Vizepräsident als auch der Präsident der GPK in der SiK aufgetreten sind. Wir durften unsere Sicht der Dinge dort darlegen. Wir nehmen zum Antrag der SiK hier ausdrücklich nicht Stellung, ich möchte aber der SiK herzlich danken für die Information, die sie uns nach ihrem Beschluss zukommen liess. Das ist in vorbildlicher Art und Weise geschehen. Wenn ich also nun zum Antrag der SiK nichts sage, so hat mich die GPK dennoch ermächtigt, als Präsident der GPK zumindest dem Erstaunen darüber Ausdruck zu geben, wie dieses Kreditgeschäft in den Grossen Rat kommt. Wir teilen die Einschätzung von Kollege Leuenberger nicht, dass dieses Geschäft sehr gut vorbereitet ist. Die Finanzkontrolle hat im Sommer 2015 im Auftrag der GPK – ausgelöst durch einen Medienbericht – eine Nachrevision zu Polycom durchgeführt. Sie können das im Tätigkeitsbericht der GPK aus dem Jahr 2015 nachlesen. Die Finanzkontrolle sollte klären, wie der Kanton Bern von den – angeblich unterwartet aufgetauchten – Mehrkosten in der Höhe von 100 Mio. Franken für das System betroffen sein wird. Und im Bericht von Oktober 2015, also von vor noch nicht einmal ganz eineinhalb Jahren, kam die Finanzkontrolle zu folgendem Schluss: «Der Kanton wird nach heutigem Stand keine ausserordentlichen Investitionen in Polycom tätigen, wie dies in der Pressemitteilung kommuniziert wurde. Ordentliche Ersatzinvestitionen in Polycom hat die Kapo im Voranschlag und im Finanzplan eingestellt. Die Nutzung der Polycom-Infrastruktur ist über die gesamte Nutzungsdauer gewährleistet.» Und auf die Frage, wann der Kanton Bern gemäss der heutigen – also der damaligen – Erkenntnisse mit der Erneuerung rechnen müsse und was die finanziellen Folgen seien, hat die Finanzkontrolle in ihrem Bericht geantwortet: «Der ordentliche Ersatz von Komponenten aufgrund der erwarteten Lebensdauer wurde bereits vorgenommen. Die kommenden grösseren Ausgaben für das Netzwerk und die Basisstationen in den Jahren 2017–2023 betragen voraussichtlich 13 Mio. Franken. Dabei handelt es sich nicht um ausserordentliche Anschaffungen, sondern um ordentliche Ersatzinvestitionen.»

Für uns ist erstaunlich, dass eineinhalb Jahre nach dieser Prüfung die nötigen Investitionen plötzlich dreimal so teuer sind. Die Begründung der Polizei- und Militärdirektion ist für uns nur bedingt nachvollziehbar. Es kann doch nicht sein, dass beim Bund irgendjemand plötzlich merkt, dass der Unterhalt so viel teurer wird und die Kantone völlig ahnungslos das Geld sprechen müssen – es betrifft doch sicher nicht nur den Kanton Bern – und dass die Ausgaben nur teilweise im Aufgaben- und Finanzplan eingestellt sind. Und es kann vor allem auch nicht sein, dass im Vortrag zum Geschäft – Grossrätin Fuhrer hat es bereits erwähnt – von den Nachrevisionen nicht ein Wort steht. Immerhin handelt es sich um das entscheidungskompetente Organ, den Grossen Rat, dem nach unserer Auffassung die relevanten Informationen vorenthalten wurden.

Die GPK hat vor knapp einem halben Jahr im Zusammenhang mit ihrer Untersuchung zum Jugendheim Prêles festgestellt, dass der Grosse Rat Kreditgeschäfte nur dann sorgfältig prüfen kann, wenn er von den Direktionen mit umfassenden, transparenten Informationen bedient wird. Und nun haben wir ein Geschäft auf dem Tisch, zu dem die SiK selber sagt, dass die vorhandenen Informationsgrundlagen ungenügend gewesen seien, ebenso wie die Begründung für die massive Kostensteigerung. Wegen Sachzwängen hat die SiK schliesslich entschieden, trotzdem Antrag auf Zustimmung zum Kredit zu stellen. Aber Sachzwänge sind halt immer so eine Sache. Als es 2007 um die Genehmigung des Kredits von 38 Mio. Franken für die Sanierung des Jugendheims Prêles ging, hat man ebenfalls mit Sachzwängen argumentiert, wegen Sachzwängen sei ein sehr rasches Handeln nötig. Natürlich – das ist mir auch klar – sind diese beiden Fälle nicht eins zu eins vergleichbar. Und doch hätte die GPK gerade so kurz nach dem Bericht zum Jugendheim Prêles erwartet, dass dem Parlament nicht ein Kredit vorgelegt wird, der so viele Fragen offen lässt und bei

vielen ein ungutes Gefühl hinterlässt. Wenn es um Sachzwänge geht, gerade dann, wenn es Sachzwänge gibt, muss der Bedarf für einen bestimmten Kredit umso klarer sichtbar gemacht werden. Aufgrund dieser Überlegungen wird es Mitglieder der GPK geben, die sich der Stimme enthalten oder den Kredit ablehnen werden.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Sie haben sicher gemerkt, dass ich diesem Einzelsprecher etwas mehr Redezeit gegeben habe, weil es klar war, dass er auch für die GPK spricht. Dies als Hinweis für diejenigen, die auf die Uhr geschaut haben. Nun hat als weiterer Einzelsprecher Grossrat Seiler das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Wir wollen hier in etwas investieren, damit, wenn Ungutes passiert, schneller und besser geholfen werden kann. Gleichzeitig tätigen wir aber eine Grossinvestition in eine Firma der Kriegsindustrie, der es am besten geht, je mehr Zerstörung passiert. Mit diesem Geschäft kurbeln wir also die Gewaltspirale an und regen uns gleichzeitig über die Gewalt rund um die Reithalle auf. Investieren wir endlich mehr in das, was nachhaltig ganz macht, statt kaputt. Ich lehne das Geschäft ab.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Ich sehe keine weiteren Einzelsprecher. Dann gebe ich das Wort gerne dem Regierungsrat.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Als alter Übermittler und als ehemaliger Grossrat, der das Polycom-Geschäft am Anfang hier im Grossen Rat miterlebt hat, bin ich natürlich erschüttert, dass man doch heftige Kritik an der POM übt und sogar Vergleiche mit anderen Geschäften herbeizieht, die notabene Investitionsgeschäfte der BVE waren, um ein Geschäft etwas in Misskredit zu bringen, das für dieses Land, für die Sicherheit dieses Landes, absolut entscheidend ist. Dieses Land hat genau ein Sicherheitsverbundnetz, das funktioniert, wenn alle unsere Handys und alle unsere Laptops nicht mehr funktionieren und auch sonst nichts mehr funktioniert; das ist Polycom. Und dass Polycom nach einer gewissen Zeit technisch auf einen neuen Stand gebracht werden muss, das wissen alle, die etwas von Technik verstehen; die mit Sicherheit mehr von Technik verstehen als ich. Und es ist nicht so, Frau Machado, dass der Kanton Bern zu wenige kluge Informatiker oder zu wenige kluge Funkspezialisten hätte, die so etwas auf die Beine stellen können. Das ist überhaupt nicht die Aussage. Fakt ist aber einfach, dass der Werterhalt von Polycom ein nationales Projekt ist, das vom Bund, vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz, geführt wird, beziehungsweise das erst mit der neuen Leitung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz wirklich die Priorität erhalten hat, die es jetzt hat. Und alle Kantone sollten natürlich ihren Teil dazu beitragen, dass man den Werterhalt von Polycom machen kann. Der Kanton Bern ist ein Partner von 26, was die Kantone angeht.

Ich ärgere mich auch, dass der Betrag von 13 Mio. Franken, der ursprünglich in den Papieren war, nicht ausgereicht hat. Das ärgert mich auch, aber das hat seine guten Gründe. Wir konnten diese guten Gründe in der Sicherheitskommission im Detail erläutern und, wie ich glaube, auch plausibel machen. Bei den jetzt beantragten 41 Mio. Franken handelt es sich um einen Bruttokredit. Dort kommt die Beteiligung des Bundes in Abzug. Das sind 9,8 Mio. Franken. Und der Ersatz der Endgeräte, der sowieso anfällt, beträgt nochmals 9,8 Mio. Franken. Diese zwei Elemente muss man also zusätzlich in Abzug bringen und dann bildet dieses Geschäft netto eine Belastung von 23,4 Mio. Franken. Das ist viel Geld, aber dieses Geld ist für die Sicherheit der Kommunikation matchentscheidend. Und ich muss Ihnen sagen, dass der Bund mit den Kantonen nun daran ist auszuloten, wie man Telekommunikationsnetze sicher machen kann, mit denen nicht nur Sprache, also Telefonie, übermittelt werden kann, sondern auch Daten, Pläne usw. Und das wird das Land und seine Kantone in Zukunft natürlich nochmals fordern, das ist ganz klar. Wenn man in diesem Geschäft – wie Herr Grossrat Siegenthaler als GPK-Präsident gesagt hat – vermisst, dass wir im Vortrag etwas von den Sonderprüfungen der Finanzkontrolle gesagt haben, muss ich sagen, Hand aufs Herz: Wir haben bisher bei keinem Grossratsgeschäft darauf verwiesen, welche Sonderprüfungen die Finanzkontrolle in der Vergangenheit bei mehreren Dienststellen gemacht hat. Wenn das neu Usus sein muss, kann man diese Sonderprüfungen erwähnen, das ist überhaupt kein Problem. Für die Sonderprüfungen gibt es ja entsprechende Berichte der Finanzkontrolle. Diese Berichte sind notabene vertraulich, auch wenn sie manchmal in der Redaktion einer Zeitung landen; dies als Klammerbemerkung. Aber diese Berichte sind vorhanden. Sie sind für alle Grossratsmitglieder einsehbar. Wir haben mit der Nichterwähnung dieser Sonderprüfungsberichte in keiner Art und Weise dazu beitragen wollen, dass hier mangelnde Transparenz herrscht. Dieses Geschäft ist nach unserer Vorstel-

lung sehr umfassend und sehr umsichtig in Zusammenarbeit mit dem Bund vorbereitet worden und es ist meines Erachtens auch absolut transparent abgelaufen. Wie gesagt, wir haben in der Sicherheitskommission – das wurde vom Kommissionssprecher erwähnt – zwei Mal über dieses Geschäft orientiert, auch mit technischen Spezialisten, und ich habe den Eindruck, dass wir dort die Fragen beantworten konnten. Dies gilt auch für die Fragen zu dieser Differenz zwischen den 13 und den 41 Mio. Franken. Im Interesse der Sache ist es ganz entscheidend, dass die Kantone jetzt ihre Zustimmung zum Werterhalt von Polycom 2030 geben. Es ist ganz entscheidend. Und es geht nicht, dass einzelne Kantone glauben, sie könnten jetzt, in einem nationalen Kontext, ein eigenes Funknetz auf die Beine stellen. Darum bitte ich Sie wirklich von Herzen, im Interesse der Sicherheit und der Kommunikation in diesem Land, diesem Geschäft zuzustimmen.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Möchte der Kommissionssprecher, Grossrat Knutti, noch etwas sagen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte die Antragstellerin noch etwas sagen? Grossrätin Machado bekommt nochmals kurz das Wort.

Simone Machado Rebmann, Bern (GPB-DA). Ich möchte etwas sagen zum Thema, dass dies ein national geführtes Projekt ist. Es gibt kein Polycom-Gesetz, es gibt keine Verpflichtung mitzumachen. Es gibt ein nationales Projekt, in das alle Kantone eingebunden sind, aber der Bund hat keine Handhabe und er hat bis jetzt auch nie einen Kanton dazu verpflichtet mitzumachen. Wir könnten also selber eine Lösung finden. Und es ist möglich, eine Lösung zu finden, die dann auch mit dem Bund oder auch international kommunizieren kann. Wenn man will, geht das.

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Rückweisungsantrag der Grünen ab. Falls dieser abgelehnt wird, werden wir über den Antrag abstimmen. Wir starten also mit dem Rückweisungsantrag. Wer den Rückweisungsantrag der Grünen annimmt, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Rückweisungsantrag Grüne (Machado Rebmann, Bern))

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	13
Nein	119
Enthalten	16

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Der Rückweisungsantrag wurde abgelehnt. Somit kommen wir zur Abstimmung über das Geschäft. Wer den Kreditantrag annehmen will, stimmt ja, wer ihn ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	91
Nein	15
Enthalten	44

Ursula Zybach, Spiez (SP), Vizepräsidentin. Der Grosse Rat hat das Kreditgeschäft angenommen.